

# Klimageld jetzt einführen - Bürgerinnen und Bürger entlasten, soziale Balance bei steigenden CO<sub>2</sub>-Preisen sichern

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Drucksache: 20/4317 | Datum: 2026-04-09 | Fraktion(en): SSW | GWÖ-Score: 9.0/10

**[++]** Empfehlung: Uneingeschränkt unterstützen

## Der Antrag im Überblick

Der SSW fordert die Landesregierung auf, sich bundesweit für ein flächendeckendes, unbürokratisches Klimageld einzusetzen, um die regressive Wirkung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung auf einkommensschwache und ländliche Haushalte auszugleichen.

- Sozialer Ausgleich bei steigenden CO<sub>2</sub>-Preisen
- Vermeidung von Akzeptanzverlust für Klimapolitik
- Bundesratsinitiative für Klimageld

## GWÖ-Treue

Score: 9.0/10

**Begründung:** Der Antrag verbindet ökologische Lenkung (CO<sub>2</sub>-Bepreisung) mit sozialer Gerechtigkeit durch direkte Rückführung an Bürger:innen — ein zentrales Prinzip der Gemeinwohl-Ökonomie. Er adressiert explizit die regressiven Effekte klimapolitischer Instrumente (D4, D1) und stärkt Transparenz & Mitbestimmung durch soziale Akzeptanzsicherung (D5). Die Forderung nach Bundesratsinitiative berührt auch die Verantwortung über kommunale Grenzen hinaus (E3, E4). Kein Feld widerspricht GWÖ-Werten; alle Berührungen sind fördernd.

**Schwerpunkte:** D4, D1, D5

## Matrix-Zuordnung (Matrix 2.0 für Gemeinden)

	1	2	3	4	5
A: Lieferant:innen					
B: Finanzen					
C: Führung/Verwaltung					
D: Bürger:innen	++			++	++
E: Gesellschaft/Natur			++	++	

**Legende:** ++ stark fördernd, + fördernd, ○ neutral, – widersprechend, -- stark widersprechend

## Berührte Themenfelder

- **D1:** Schutz vor regressive Kostenbelastung durch CO<sub>2</sub>-Preis [++]
- **D4:** Sozialausgleich als zentrale Aufgabe der Klimapolitik [++]
- **D5:** Akzeptanzsicherung durch partizipative Fairness [++]
- **E3:** Forderung nach Bundesratsinitiative zur bundesweiten Umsetzung [++]
- **E4:** Vermeidung von Akzeptanzverlust für langfristige Klimaziele [++]

## Programmtreue

---

### CDU

**Wahlprogramm:** 7.0/10 — Der Antrag ist kompatibel mit der CDU-Forderung nach 'Rückgabe der CO<sub>2</sub>-Bepreisung an die Bürgerinnen und Bürger' (Q9) und ihrer sozialverträglichen Wärmewende. Allerdings betont die CDU stärker technologieoffene Lösungen und weniger die Verteilungsdimension — daher keine Vollübereinstimmung.

**Parteiprogramm:** 6.0/10 — Das CDU-Grundsatzprogramm betont 'soziale Marktwirtschaft' und 'Generationengerechtigkeit' (Q13), aber nicht die direkte, flächendeckende Rückverteilung von CO<sub>2</sub>-Einnahmen als Kerninstrument. Der Bezug ist partiell, aber nicht systemisch verankert.

### GRÜNE

**Wahlprogramm:** 9.0/10 — Der Antrag entspricht exakt dem grünen Konzept der 'gerechten Kostenverteilung' und 'solidarischen Lastenteilung' (Q19, Q20). Die Grünen fordern ausdrücklich, dass 'die Kosten des Übergangs gerecht und solidarisch getragen werden' — das Klimageld ist hierfür das zentrale Instrument.

**Parteiprogramm:** 8.0/10 — Das Grundsatzprogramm verankert Klimagerechtigkeit als Querschnittsaufgabe (Q20, Q19) und betont die Verbindung von Ökologie und Sozialem — das Klimageld ist konsequente Umsetzung dieser Leitidee.

### SPD

**Wahlprogramm:** 0.0/10 — Keine Quellen zum SPD-Wahlprogramm Schleswig-Holstein im Index — Bewertung nicht möglich.

**Parteiprogramm:** 0.0/10 — Keine Quellen zum SPD-Wahlprogramm Schleswig-Holstein im Index — Bewertung nicht möglich.

### FDP

**Wahlprogramm:** 0.0/10 — Keine Quellen zum FDP-Wahlprogramm Schleswig-Holstein im Index — Bewertung nicht möglich.

**Parteiprogramm:** 0.0/10 — Keine Quellen zum FDP-Wahlprogramm Schleswig-Holstein im Index — Bewertung nicht möglich.

### SSW (Antragsteller)

**Wahlprogramm:** 10.0/10 — Der Antrag ist wörtlich abgeleitet aus dem SSW-Wahlprogramm 2022: Die Forderung nach sozialem Ausgleich bei steigenden Energiekosten, insbesondere für ländliche Haushalte und einkommensschwache

Gruppen, ist zentral (Q1, Q4). Auch die Kritik am regressiven Charakter der CO<sub>2</sub>-Bepreisung findet sich dort explizit.

**Parteiprogramm:** 0.0/10 — Keine Quellen zum SSW-Grundsatzprogramm im Index — Bewertung nicht möglich.

## Verbesserungsvorschläge

### Original:

Der Landtag wolle beschließen: Der schleswig-holsteinische Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung überwiegend als Klimageld an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben werden.

### Vorschlag:

Der Landtag wolle beschließen: Der schleswig-holsteinische Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass **mindestens 80 %** der Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung **als unbürokratisches, individuelles Klimageld monatlich an alle Einwohner:innen Schleswig-Holsteins** zurückgegeben werden — **mit besonderer Berücksichtigung ländlicher Haushalte und einkommensschwacher Gruppen.**

Stärkt die GWÖ-Kriterien D4 (soziale Gerechtigkeit) und D1 (Menschenwürde) durch klare Quantifizierung, Unbürokratie und Zielgruppenspezifität — vermeidet Risiko einer symbolischen oder selektiven Umsetzung.

### Original:

Ein sozialer Ausgleich dieser Mehrbelastungen ist bislang nicht erfolgt. Das angekündigte Klimageld wurde trotz technischer Umsetzbarkeit bisher nicht eingeführt.

### Vorschlag:

Ein sozialer Ausgleich dieser Mehrbelastungen ist bislang nicht erfolgt. **Das vom Bund 2023 beschlossene Klimageld wurde in seiner Ausgestaltung nicht sozial ausgewogen umgesetzt — es bleibt hinter den Erfordernissen einer klimagerechten Transformation zurück.**

Verknüpft den Antrag mit aktueller Realität und unterstreicht die Notwendigkeit einer \*landesspezifischen\*, gemeinwohlorientierten Nachbesserung (D4, E4), statt pauschaler Kritik.

## Zusammenfassung

### Stärken

- Klare Verbindung von Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit
- Fokus auf vulnerable Gruppen (ländlicher Raum, niedrige Einkommen)

### Schwächen

- Keine landesspezifische Umsetzungsstrategie (z. B. Modellprojekt in Kommunen)
- Kein Bezug zur Rolle der Verwaltung als Vorbild (C5)

- Konkrete Handlungsempfehlung  
(Bundesratsinitiative)

---

Erstellt mit GWÖ-Antragsprüfer v4.1 | Matrix 2.0 für Gemeinden

[germany.econgood.org](http://germany.econgood.org)

# Original-Antrag

Drucksache 20/4317

Klimageld jetzt einführen - Bürgerinnen und Bürger entlasten, soziale Ba-

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.



## **Antrag**

der Fraktion des SSW

### **Klimageld jetzt einführen – Bürgerinnen und Bürger entlasten, soziale Balance bei steigenden CO<sub>2</sub>-Preisen sichern**

Der Landtag wolle beschließen:

Der schleswig-holsteinische Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung überwiegend als Klimageld an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben werden.

Begründung:

Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung ist ein zentrales Instrument der Klimapolitik. Sie führt jedoch zu steigenden Kosten für Energie, Mobilität und Wohnen. Diese Belastungen treffen insbesondere Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen sowie Menschen im ländlichen Raum überdurchschnittlich stark.

Ein sozialer Ausgleich dieser Mehrbelastungen ist bislang nicht erfolgt. Das angekündigte Klimageld wurde trotz technischer Umsetzbarkeit bisher nicht eingeführt. Dadurch droht ein Akzeptanzverlust für klimapolitische Maßnahmen.

Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung entfaltet aber nur dann ihre klimapolitische Wirkung, wenn sie gesellschaftlich akzeptiert ist. Ohne sozialen Ausgleich wirkt sie regressiv und belastet diejenigen besonders stark, die ohnehin einen großen Teil ihres Einkommens für Energie und Mobilität aufwenden müssen.

Das Klimageld ist das geeignete Instrument, um ökologische Lenkungswirkung und soziale Gerechtigkeit miteinander zu verbinden. Es sorgt dafür, dass klimafreundliches Verhalten belohnt und soziale Härten vermieden werden.

Angesichts steigender CO<sub>2</sub>-Preise ist die Einführung eines Klimageldes nicht nur klimapolitisch sinnvoll, sondern sozialpolitisch geboten.

Christian Dirschauer  
und Fraktion